

Appeasement wird nicht funktionieren

Die Stromkonzerne versuchen, ihr Umweltimage aufzupolieren. Ihren grünen Gegnern spielen sie damit nur in die Hände

DANIEL DETTLING

Das ehrgeizige deutsche Klima- und Energieprogramm gerät ins Stocken. Der jüngste Streit um die Umstellung der Kfz-Besteuerung auf den CO₂-Ausstoß hat gezeigt, dass die Politik angesichts steigender Lebenshaltungskosten nicht mehr gewillt ist, die Verbraucher direkt zu belasten. Beim Preis endet die Klimaschutz euphorie der Deutschen.

Die Debatte um die Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen verlagert sich daher noch stärker auf die Kohle- und Kernkraftwerke. Sie führen die Emissionsbilanz mit einem Ausstoß von jährlich 366 Millionen Tonnen an. Bis 2020 sollen davon 21 Prozent eingespart werden.

Den Energieunternehmen, die in neue moderne Kohlekraftwerke investieren wollen, laufen die Kosten davon. Die globale Energienachfrage steigt, vor allem in China und Russland. Hohe Rohstoffpreise für Stahl, Metalle und Nickel treiben die Kosten weiter in die Höhe. So ist der Preis für ein neues Kraftwerk in den letzten beiden Jahren um 50 Prozent gestiegen.

Neben den Kosten laufen den Unternehmen aber auch die Bürger davon. Neue Kohlekraftwerke finden in der Bevölkerung wenig Zustimmung: RWE musste im vergangenen Jahr im saarländischen Endorf den Bau eines Werkes aufgeben, Eon kämpft derzeit im hessischen Staßfurt gegen einen ähnlich aussichtslosen Kampf, und die neue schwarz-grüne Koalition in Hamburg hat das Vattenfall-Werk in Moorburg zur Disposition gestellt.

Selbst wenn die neuen Kohlekraftwerke bis zu drei Millionen Tonnen an CO₂ gegenüber den Altanlagen einsparen, haben ihre Gegner einen entscheidenden Kommunikations- und Marketingvorteil: die Emotionalität des Themas und das miserable Image der Energieunternehmen. Kohle und Kernkraft gelten in Deutschland als überholt.

Das Heilsversprechen der „erneuerbaren Energien“ wird im romantischen Deutschland gerne geglaubt. Von der Politik wird die deutsche Energiewirtschaft daher nur wenig erwarten und erhoffen können. Wel-

cher Politiker wird sich schon mit dem gesunden Naturempfinden der Deutschen anlegen?

Die großen Energiekonzerne wollen nun mit einer Werbe- und Investitionsoffensive für mehr Wind-, Bio- und Sonnenenergie guten Willen zeigen und die Anti-Kohle- und Kernenergie-Fraktion für sich einnehmen. Doch nach dem Konsens zum Atomausstieg unter der rot-grünen Bundesregierung begehnen sie damit nur den nächsten Fehler.

Abgesehen davon, dass das Geld für die neuen Programme aus dem laufenden Betrieb für Kohle- und Kernkraftwerke stammt – eine Appeasementpolitik muss scheitern. Warum sollte sich die grüne Anti-Front bewegen, wenn alle Zeit für sie läuft?

Wirkungslose Charmeoffensive

Für steigende Strompreise wird das „Kartell der Konzerne“ verantwortlich gemacht und nicht der Atomausstieg oder alte Anlagen. Dass Deutschland künftig noch stärker auf Energieimporte angewiesen sein wird, ist den Gegnern von Kohle und Kernkraft ebenso egal wie die Tatsache, dass Gas als Alternative die Abhängigkeit von autoritären Regimen fördert und die Preise erhöht.

Statt mit einer Charmeoffensive auf Gegner zu reagieren, sollten sich die großen deutschen Energieversorger lieber neue Unterstützer in der Öffentlichkeit suchen. Umfragen zufolge steigt die Zustimmung zur Kernkraft, und auch klimafreundliche Kohlekraftwerke finden die Bürger besser als die bisherigen Anlagen. Mit einer konventionellen Strategie werden die Energieunternehmen diesen Trend jedoch nicht einfangen und für sich nutzen können. Auch mit volkswirtschaftlich richtigen und einleuchtenden Argumenten wird die Energiewirtschaft in der Kohle- und Kernenergiefrage wenig erreichen, solange sie in der „Klimafalle“ ihrer Gegner steckt.

Der doppelte deutsche Ausstieg aus Kernkraft und Kohle kann verhindert werden, wenn glaubwürdige Absender einen neuen energiepolitischen Common Sense formulieren. Vor allem die vier großen Unternehmen Eon, RWE, EnBW und Vattenfall werden sich hierzu mehr einfallen lassen müssen als Corporate Social Responsibility und Werbekampagnen, die die Agenturen von Greenpeace, BUND und Attac nicht besser hätten entwerfen können.

DANIEL DETTLING leitet den Thinktank Berlinpolis (www.berlinpolis.de).



ZITAT DES TAGES

„Für 5 Euro würde ich jederzeit arbeiten gehen. Das wären 40 Euro pro Tag“

Thilo Sarrazin, Berliner Finanzsenator (SPD), im Politikmagazin „Cicero“ auf die Frage, was sein persönlicher Mindestlohn sei

IMPRESSUM

Die **Financial Times Deutschland** ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen

Chefredakteur: Steffen Klusmann
Stellvertretende Chefredakteure: Sven Clausen, Stefan Weigel

Geschäftsführende Redakteurin: Isabelle Arnold

Chefin vom Dienst: Cosima Jäckel

Cheflayouter: Carsten Lüdemann

Bildchef: Peter Raffelt

Infografikchef: Andreas Mohrmann

Ressort Unternehmen: Guido Warlimont (verantwortl.), Jörn Paterak (Stv.), Jenny Genger (Industrie/Dienstleistungen), Matthias Lambrecht (Reports)

Ressort Politik: Andreas Theysen (verantwortl.), Peter Ehrlich (Chefkorrespondent), Dr. Arne Delfs (Deutsche Politik), Ines Zöttl (Ausland), Wolfgang Proissl (Europapolitik)

Ressort Finanzen: Tim Bartz, Ina Lockhart (verantwortl.), Jörg Berens (Das Kapital), Christina Rathmann (Finanzmärkte)

Ressort Agenda: Dr. Nikolaus Förster (verantwortl.), Christian Baulig (Stv.), Horst von Buttler (Agenda), Christian Schütte (Kommentar), David Schumacher (Lifestyle)

Ressort Electronic Media: Dr. Anton Notz (verantwortl.), Joachim Dreykluff (Online-Nachrichtenchef)

Chefökonom: Thomas Fricke

Beilagen: Volker Bormann

Lektorat: Astrid Froese

Übersetzungen: Matthias Schulz

Verantwortliche Redakteure im Sinne des Presserechts sind die als solche genannten Redakteure für ihren Bereich, im Übrigen die Chefredaktion. Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, des Ressorts Finanzen Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

Verlag: Financial Times Deutschland GmbH & Co KG

Geschäftsführer: Christoph Rühl

Anzeigenleiter: Mario Suchert (verantwortl.)

Leiter Vertrieb und Marketing: Thomas Frenzel

Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb, Leitung: Randi Greve, Düsterstr. 1-3, 20355 Hamburg

Abbestellung: FTD-Kundenservice, Postfach 80 80, 37568 Einbeck, Tel.: (+49) 1802/81 82 83*, Mo. bis Fr. 7 bis 20 Uhr, Fax: (+49) 1802/81 82 84*

* € 0,06 pro Anruf bzw. Fax aus dem deutschen Festnetz; www.ftd.de/abo, E-Mail: abo@ftd.de

Abopreise Inland (inkl. MwSt.): € 37,50 pro Monat, € 429,00 pro Jahr, Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende gegen Vorlage einer Bescheinigung; € 17,50 pro Monat, € 200,00 pro Jahr. Die FTD erscheint bündeltägig montags bis freitags.

Anzeigenabteilung: Tel.: 040/319 90-278, Fax: -214

E-Mail: media@ftd.de

Anzeigen-/Druckunterlagen-Schluss ein Werktag vor Erscheinen, 9 Uhr

Nachdruckrechte/Syndication: Tel.: (+49) 40-319 90-202

Verlag und Redaktion Hamburg Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310

Redaktion Frankfurt Nibelungenplatz 3, 60318 Frankfurt am Main Tel.: 069/15 30 97-0, Fax: -50

Redaktion Berlin Friedrichstraße 60, 10117 Berlin Tel.: 030/220 74-0, Fax: -150

Leserservice: 040/31990-550, wochentl. 10-13/14-17 Uhr, leserservice@ftd.de

www.ftd.de ISSN 1615-4118

„Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ and „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license. The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.

Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagsgesellschaft GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M

Europas Fehler

Irlands Nein zum Reformvertrag offenbart das Ausmaß der Legitimationskrise der EU. Ein Ausweg wäre die Wahl einer europäischen Regierung – zumindest für ein paar Länder **VON STEFAN COLLIGNON UND CHRISTIAN PAUL**

Die Europäische Union steht vor einer strukturellen Legitimitätskrise. In den letzten 16 Jahren wurden sieben europäische Referenden abgelehnt. Selbst zutiefst proeuropäische Bürger stimmen gegen Europa, weil sie fürchten, dass die EU Formen annimmt, die sie nicht verstehen, gutheißen oder kontrollieren können. Die Botschaft hinter allen negativ ausgefallenen Abstimmungen ist simpel: Europäer wollen ein anderes Europa.

Nach jeder Krise haben die Politiker es vermieden, das Legitimitätsproblem anzugehen. Sie vertreten die Auffassung, dass die Bürger dem Projekt europäische Integration schon zustimmen würden, wenn nur die „richtige“ Politik mit dem Ergebnis Frieden und Wohlstand gemacht würde. Das irische Votum bringt diesen Trugschluss ans Tageslicht: Europa hat zum Frieden in Nordirland beigetragen, und die irische Republik hat sich in rasantem Tempo vom Armenhaus zu einem der wohlhabendsten Länder der EU entwickelt. Aber Ergebnisse reichen nicht mehr aus. Bürger erwarten von Europa mehr als obstruktion Kompromisse, die auf dem breiten Konsens aller Staaten und Parteien basieren.

Die Missachtung von Demokratie verstärkt die Frustration der Bürger. Regierungen verhandeln, Parlamente haben zu ratifizieren – weil andernfalls das gesamte europäische Gebäude einzustürzen droht. Diese Art, Entscheidungen zu fällen, mag im frühen Stadium der Europäischen Gemeinschaft angemessen gewesen sein, als Konsensentscheidungen von na-

tionalen Regierungen öffentliche europäische Güter im Interesse aller schufen. Heute jedoch sind diese öffentlichen Güter Realität und müssen gemanagt werden. Dabei tauchen neue Probleme auf, die nicht mit den alten Methoden gelöst werden können. Eine EU der 27 Mitgliedsstaaten lässt sich mit Kooperation zwischen Regierungen nicht effizient steuern. Nationale Interessen nehmen das Gemeinwohl in Geiselnhaft.

Europas kollektive Güter leiten sich von der Existenz des Binnenmarkts ab. Viele Europäer teilen zudem den Euro, der ökonomische Variablen wie Inflation, Zinsen, Wechselkurse und makroökonomische Stabilität in öffentliche Güter und Interessen transformiert, die jeden angehen.

Über die politische Richtung solcher Beschlüsse wollen Bürger entscheiden. In einer normalen Demokratie schlagen politische Parteien konkurrierende Entwürfe vor und schaffen in ihrem Versuch, die Wähler zu überzeugen, einen öffentlichen Raum für politische Debatten. So können alle Bürger bewusste Entscheidungen treffen.

In der EU ist das nicht der Fall. Hier werden politische Leitlinien vom Europäischen Rat vorgegeben, der die EU-Kommission und nationale Verwaltungen mit ihrer Umsetzung beauftragt. Um den demokratischen Standards einer modernen Gesellschaft zu genügen, müssen aber Bürger an erster Stelle stehen, nicht Staaten; Euro-

päer müssen die Grundlinien festlegen, nicht Regierungen; die Wahl nationaler Regierungen muss von der Verwaltung gemeinsamer europäischer Güter getrennt werden. Was wir jetzt brauchen, ist die Politisierung der europäischen politischen Prozesse und die Wahl einer europäischen Regierung.

Nationale Regierungen sind keine demokratischen Repräsentanten europäischer Bürger. Sie sind gewählt, um für das nationale Gemeinwohl zu sorgen; per Definition können sie kein Mandat für Entscheidungen haben, die alle Europäer betreffen. Wer würde eine Regierung demokratisch nennen, die ihre Legitimität allein durch Nebenwahlen bezieht, ohne sich je einer allgemeinen Wahl zu stellen?

Nach dem irischen Referendum gibt es vier Optionen:

Erstens: die institutionellen Reformen aufgeben. In diesem Fall wird die EU einen langsamen und schrittweisen Tod sterben, verursacht durch Stillstand und nationalistische Erpressung

Zweitens: verbesserte zwischenstaatliche Kooperation. Variable Koalitionen der Willigen könnten die Integration an Stellen vertiefen, wo andere ihnen nicht folgen wollen. Diese Option mag Funktionäre ansprechen, würde aber die Kluft zwischen proeuropäischen Eliten und entrechteten Bürgern vertiefen. Denn Kooperation zwischen Regierungen schließt demokratische Beteiligung an Entscheidungsprozessen aus.

Drittens: Irland dazu auffordern, es sich noch einmal zu überlegen – so wie 2001. Kurzfristig könnten so die grundlegenden Errungenschaften der Integration bewahrt werden. Das Legitimitätsproblem wird so aber nicht gelöst. Wenn Regierungen nach der Krise zum Tagesgeschäft übergehen, ist nichts gewonnen.

Viertens: das Kernproblem der Demokratie angehen und eine Europäische Politische Union (EPU) schaffen. Auf Antrag des Europäischen Rates sollte das 2009 gewählte EU-Parlament eine Verfassung ausarbeiten und eine Regierung für die Verwaltung gemeinsamer europäischer Güter bilden. Es wäre eine limitierte Regierung, die sich nur um Angelegenheiten aller kümmert. Diese Regierung würde vom EU-Parlament gewählt und ihm Rechenschaft ablegen. Bürger erhalten durch die Wahl ihrer Repräsentanten das Recht, die politischen Richtungen zu bestimmen.

Nicht alle Staaten werden bei dieser politischen Vertiefung mitmachen wollen. Deshalb muss die bestehende wirtschaftliche Union in ihrer jetzigen Form erhalten bleiben. Aber die neue politische Union aus einer Koalition der Willigen wird die Neugründung eines politisch vereinten Europa ermöglichen. Im Garten des Binnenmarkts würden wir ein Haus europäischer Demokratie bauen und so die aktuelle Krise überwinden.

STEFAN COLLIGNON ist Präsident der Association for European Democracy. **CHRISTIAN PAUL** ist französischer Parlamentsabgeordneter und ehemaliger Minister.

Irischer Eigennutz

Die Volksabstimmung der Iren zum EU-Vertrag ist kein Beispiel für besonders gelungene Demokratie



WOLFGANG MÜNCHAU

Ist das irische Referendum Ausdruck eines demokratischen Willens? Müssen gute Demokraten nicht einfach die Wahl der Iren respektieren und den Lissabon-Vertrag ad acta legen? Die Antwort auf beide Fragen lautet entschieden: Nein. Die Diskussion zu diesem Thema zeigt einige weitverbreitete Missverständnisse auf.

Inbesondere wird Minderheitenschutz häufig mit Demokratie verwechselt. In Europa gewähren wir den kleinen Ländern Minderheitenschutz, damit sie nicht ständig von den großen überstimmt werden. Dagegen ist nichts einzuwenden. Mit dem Demokratieprinzip ist es ebenfalls vereinbar. Auch in den USA gibt es ähnliche Verfahren. Wer in Ohio oder Pennsylvania lebt, hat einen größeren Einfluss auf die Wahl des nächsten Präsidenten als ein Bürger in New York. Im US-Senat hat jeder Bundesstaat genau zwei Stimmen, egal wie groß er ist. Nur sollte man sich über eines im Klaren sein: Der Minderheitenschutz ist nicht Ausdruck der Demokratie, sondern ein Korrektiv.

Vernunft gegen Volksabstimmung

Es ist somit völlig absurd, aus dem irischen Referendum heraus irgendeine Aussage über die richtige demokratische Legitimierung des Lissabon-Vertrags zu treffen. Hier haben etwas mehr als 800 000 Bürger in einem Europa mit einer halben Milliarde Einwohner abgestimmt. Man respektiert die Wahl insofern, als wir geltendes Europarecht respektieren.

Aber man sollte nicht den Fehler machen, dem irischen Votum eine größere demokratische Legitimität einzuräumen als dem deutschen, nur weil in Deutschland die Ratifizierung durch das Parlament erfolgt ist. Das Verbot einer Volksabstimmung ist in Deutschlands Verfassung genauso fest verankert wie das Gebot eines Referendums in Irland. Wer die Wahl hat, sollte sich gegen die Volksabstimmung entscheiden, denn das Regelwerk ist kompliziert. Für Nichtexperten ist dieser Vertrag nur mit Mühe lesbar. Sogar der irische Premierminister Brian Cowen und der irische EU-Kommissar Charlie McCreevy haben zugegeben, den Ver-

trag nicht gelesen zu haben. Das Gleiche gilt auch für ihren Kolumnisten. Allerdings hat er den ursprünglichen Verfassungsvertrag genau studiert, der sich inhaltlich nur unwesentlich von dem jetzigen Vertrag unterscheidet.

Sollten Parlamente tatsächlich so viel weniger demokratisch legitim sein als Volksabstimmungen, dann schlage ich vor, dass wir das Referendum zur Regel machen, und zwar nicht nur für europäische Vertragsänderungen. Lasst uns doch gleich darüber abstimmen, ob wir die Todesstrafe wieder einführen. Oder ob wir unter bestimmten Bedingungen Folter zulassen. Oder wie lange wir Terrorverdächtige ohne Haftbefehl einsperren, zwei Tage, 48 Tage, länger? Wie wäre es mit einer Abstimmung über die Bestrafung von Kinderschändern – am besten kurz nach einem aufsehenerregenden Fall, der in der Boulevardpresse breitgetreten wird. Ich wette, wir bekämen nicht nur die Todesstrafe wieder zurück, sondern auch deren Vollstreckung auf dem Marktplatz.

„In einer echten europäischen Demokratie hätten die Iren weniger zu sagen als jetzt“

Natürlich gibt es auch gute Gründe für Volksabstimmungen. In Frankreich hat das Referendum über den Verfassungsvertrag zu einer Debatte von sehr hoher Qualität geführt, ganz im Gegensatz zu Irland. Die Schweiz, wo man über alle wichtigen Gesetze abstimmt, ist eine gute Demokratie. Aber sie ist eben auch keine bessere als Deutschland oder andere europäische Länder.

Auch Irland hat eine stabile Demokratie, aber ein irisches Referendum kann nicht mehr sein als Teil eines nationalen demokratischen Prozesses. Rechtlich hat es natürlich Auswirkungen auf die EU, schon wegen des Einstimmigkeitsprinzips. Ich würde allerdings erwarten, dass wir dieses rechtliche Problem lösen. Es wird darauf hinauslaufen, dass wir den Iren erneut ein Protokoll unterschieben, indem wir ihnen hoch und heilig versprechen, ihre Unternehmens-

steuern nicht anzutasten und das Verbot der Abtreibung zu akzeptieren. Der Vertrag hat zwar weder mit dem einen noch mit dem anderen Thema etwas zu tun, auch nicht indirekt. Aber wenn die Iren unbedingt ein Protokoll wollen, das vorgibt, ein Problem zu lösen, das gar nicht existiert, dann sei es so. Sie werden das Protokoll wahrscheinlich genauso wenig lesen wie den Vertrag selbst.

Es geht auch direkter

Die Ereignisse der letzten Tage werfen dennoch grundlegende Fragen auf. Ich finde, wir sollten tatsächlich über Demokratie in Europa reden – aber bitte über echte Demokratie. Wenn wir schon die Volksabstimmung als legitimes Instrument zur Entscheidung über europäische Verträge akzeptieren, dann lasst uns zumindest gesamteuropäisch abstimmen. Den Minderheitenschutz könnte man gewähren, indem eine Ratifizierungsquote von etwa 20 der 27 Länder festgelegt wird. Auch würde ich den Vorschlag von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble unterstützen, den Präsidenten des Europäischen Rates direkt wählen zu lassen, anstatt ihn zu ernennen. Und nicht zuletzt sollte das Europäische Parlament den Kommissionspräsidenten direkt wählen. Bislang wird er von den Regierungschefs ernannt und vom Parlament lediglich abgesegnet.

In einer echten europäischen Demokratie hätten die Iren weniger zu sagen als jetzt – allem Minderheitenschutz zum Trotz. Heute ist ein Ire einer von vier Millionen. In einer direkten europäischen Wahl wäre er ein Europäer in einer Region mit knapp 500 Millionen Einwohnern. Wenn also Europagegner in Irland von Demokratie reden, dann meinen sie eigentlich Eigennutz. Der ist zwar auch legitim, aber eben nicht gleichzusetzen mit Demokratie. Sie interessieren sich für Vetorecht, Opt-out-Klauseln und eine Verbesserung der eigenen Situation auf Kosten anderer. Sie nennen es Demokratie, weil es sich gut verkauft.

Echte Demokratie hingegen ist gut für den europäischen Einigungsprozess. Nur weil sich die Europäische Union in der Vergangenheit vor echter Demokratie geschützt hat, haben wir jetzt das Problem mit den Iren. Wie einst in Deutschland müssen wir jetzt auch in Europa mehr Demokratie wagen.

E-MAIL munchau@eurointelligence.com

WOLFGANG MÜNCHAU ist FTD- und FT-Kolumnist. Er leitet den Informationsdienst Eurointelligence.com.